[](https://www.kla.tv/346)Medienkommentar

Treffen des Basler Ausschusses für [...]Bankenaufsicht

**Gestern und heute fand in Basel das zweimonatliche Treffen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht statt...**

Herzlich willkommen zum heutigen Medienkommentar über das Treffen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht.   
Gestern und heute fand in Basel das zweimonatliche Treffen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht statt. Ort des Geschehens „die Bank für internationalen Zahlungsausgleich“, die von den Bänkern als „die Zentralbank für die Zentralbanken“ bezeichnet wird. Im Ausschuss dabei ist der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, der Chef der FED, Ben Bernanke, weiter auch die Chefs der Zentralbanken von Indien, China, Mexiko, Brasilien und ein paar anderen Ländern. Thema des Treffens war das umstrittene „Basel drei Regelwerk“, welches die deutsche Bundesregierung am 22. August 2012 im Eilverfahren verabschiedet hatte. Auf den ersten Blick könnte man diesem Regelwerk durchaus etwas Gutes abgewinnen, da es auf der Eigenkapital-sicherung der Kreditinstitute und damit als weiterer Schutz vor möglichen Bankenpleiten gedacht ist. Doch sein wahres Gesicht zeigt es erst beim genaueren Hinsehen. Durch die schärferen Kapital- und Liquiditätsvorschriften wird es zunehmend schwieriger, Kredite zu bekommen. Besonders betroffen ist der Mittelstand. Gerade Selbständige können diese hohen Ansprüche kaum erfüllen. Einzig die Eintragung einer Grundschuld auf reale Güter wie z.B. Grundstücke, Immobilien etc. ermöglicht es, Kredite zu erhalten. Damit wird weiter versucht mit erschaffenem Kreditgeld an die realen Werte der Menschen zu gelangen. Die „Basel drei“ Vorschriften wurden vom Basler Ausschuss 2010 im Zuge der Weltwirtschaftskrise herausgegeben. Solche Beschlüsse, welche für uns alle weitreichende Konsequenzen mit sich bringen, fassen die Notenbänker als, „nicht vom Volk gewählte Agenten“. Der Grund dafür ist, dass die meisten Zentralbanken unabhängig von der Politik agieren. Welcher Staatsmann bringt den Mut auf, wie John F. Kennedy ihn hatte, die Zentralbanken unter staatliche Kontrolle zu stellen? In Japan scheint sich ein mutiger Staatsmann zu finden, Shinzo Abe, der mit großer Wahrscheinlichkeit am Sonntag zum neuen japanischen Premierminister gekürt wird. (Er hatte bereits angekündigt, dass es sein oberstes Ziel sei, die Zentralbank an die Kandare zu nehmen. Wünschen wir ihm von Herzen, dass er dieses Vorhaben nicht mit seinem Leben bezahlen muss.

**von Author ???**

**Quellen:**

- <http://bazonline.ch/wirtschaft/konjunktur/Basel-das-heimliche-Machtzentrum-der-Weltwirtschft/story/21010092>- <http://www.fpmi.de/positionen-details/items/fpmi-legt-gutachten-zu-solvencyii-und-basel-iii-vor.html>  
- Basler Zeitung vom 13. Dez. 2012 Seite 39

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

[](https://www.kla.tv)**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!  
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz: C:\Users\W\Downloads\ccby_transparent.png Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.